Neuzuwanderung

Integration und Gleichstellung statt Ausgrenzung und Rassismus

DIE LINKE.
Ratsfraktion Duisburg

Inhaltsverzeichnis

Vorwort: Es ist Zeit zu handeln 5

I. Armut in Europa 7
Zur rechtlichen Situation der ZuwandererInnen aus Südosteuropa 8
Roma als Minderheit der ZuwandererInnen aus Südosteuropa 11
Ausgrenzung und Rassismus 12

II. Armutsbekämpfung und Integration 15
Handlungskonzept der Stadt Duisburg 15
Vordringliche Handlungsschwerpunkte – Ergebnisse der Gespräche vor Ort und in der Region 18

III. Fazit – Position der Linksfraktion Duisburg 21
Hintergründe der Neuzuwanderung 21
Ausgrenzung und Rassismus auch bei uns 23
Armutsbekämpfung und Integration 25

Das fordert DIE LINKE 28

Literaturhinweise 29

Vorwort: Es ist Zeit zu handeln

Im Januar 2013 lebten nach Angaben der Duisburger Stadtverwaltung über 6.200 Menschen aus den EU-Ländern Bulgarien und Rumänien in unserer Stadt. Die Zugewanderten, darunter viele Kinder, sind überwiegend Armutsflüchtlinge, die in ihren Herkunftsländern unterhalb des Existenzminimums leben müssen. Ein großer Teil dieser Flüchtlinge sind ausgegrenzte und benachteiligte Roma. Zu erwarten ist, dass sich weitere Menschen aus Südosteuropa auf der Suche nach einem besseren Leben auf den Weg nach Westen und auch nach Duisburg machen werden.

Unsere Ratsfraktion hat bereits 2010 die Initiative für das inzwischen vorliegende kommunale Handlungskonzept zur Integration der NeuzuwandererInnen ergriffen und die Debatte vorangetrieben. Der aktuell vorgelegte Sachstandsbericht der Stadt über dessen Umsetzung bestätigt in vielen Bereichen die Richtigkeit unserer Forderungen nach medizinischer Versorgung, menschenwürdigen Wohnverhältnissen, Bildung und Arbeitsmöglichkeiten für die Betroffenen.

In den Gesprächen, die wir mit LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, Wohlfahrts- und Jugendverbänden, MigrantInnenorganisationen und ExpertInnen im Gesundheitswesen geführt haben, wurde der dringende Handlungsbedarf zur Umsetzung des Verwaltungskonzepts deutlich. Vieles kann allerdings bisher kaum angepackt werden, weil die Finanzmittel fehlen. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, ihre Anstrengungen zu vermehren. Aber wir übersehen nicht die Grenzen einer überschuldeten Stadt.

Europäische Armutswanderungsbewegungen sind zum großen Teil verursacht durch die verfehlte Sozial- und Wirtschaftspolitik der Europäischen Union und können nicht ohne ausreichende Hilfen von einzelnen Kommunen aufgefangen werden. Nachhaltige Integrationsprojekte müssen Teil einer neuen EU- und Bundespolitik werden, die auf sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung für alle beruht. Sonst sind weitere Fehlentwicklungen und Sozialkatastrophen vorprogrammiert.

Anfang Februar 2013 befasste sich das Präsidium des Städtetags mit dem dringenden Handlungsbedarf zur Integration der Zuwanderer aus Südosteuropa. Der Duisburger Bürgermeister Erkan Kocalar (DIE LINKE) verwies nachdrücklich auf die Not der Kommunen, die mit der Integration der Neuzu-

wanderInnen völlig alleingelassen sind. Er forderte die finanzielle Unterstützung des Bundes und der EU zur Umsetzung der überfälligen Projekte in den Bereichen Bildung, Soziales, Gesundheit und Familienförderung.

Die zugewanderten Menschen aus Südosteuropa haben wie alle anderen ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Weiteres Abwarten bei der Umsetzung der Integrationsprojekte spaltet die Stadtgesellschaft und schürt rassistische Tendenzen. Die Roma und Sinti Europas haben immer wieder als Sündenböcke herhalten müssen. Neben 6 Millionen Jüdinnen und Juden aus Europa landeten in der Nazizeit auch rd. 500.000 Sinti und Roma in den Vernichtungslagern.

Der Rat der Stadt hat bereits 2007 auf Initiative der LINKEN Leitlinien zur Integration von von MigrantInnen beschlossen. Wir werden uns auch weiterhin für die Umsetzung dieser grundsätzlichen integrationspolitischen Vorstellungen einsetzen.

Ihre Ratsfraktion DIE LINKE *(Duisburg im Februar 2013)*

Martina Ammann

Barbara Laakmann

Dilan Sert

Hermann Dierkes

Thomas Keuer

Erkan Kocalar

I. Armut in Europa

Obwohl in Deutschland die Wirtschaft mit einem Bruttoinlandsprodukt von 2,6 Billionen Euro boomt, ist nirgendwo in Europa, ausgenommen in Bulgarien und Rumänien, die Armut zuletzt schneller gewachsen als hier. Fast drei Millionen Kinder leben bei uns unter der Armutsgrenze.

EU-weit ist die Arbeitslosenquote auf 11,8 % angestiegen, das entspricht 18,8 Millionen Menschen. Dabei kommen die schlimmsten Zahlen aus dem Süden und Osten Europas. So hat etwa in Spanien die Jugendarbeitslosigkeit den Rekordwert von 50 % überschritten. Auch in Griechenland, Portugal und Italien drohen immer mehr Menschen in die Armut abzurutschen. Die Kinderarmut ist nur in Bulgarien und Rumänien noch größer als in Spanien. Dabei bestehen dort wesentlich weniger Chancen, wieder aus der Falle herauszukommen als hierzulande.

Die Differenz in der Arbeitslosenquote zwischen Nord und Süd lag im Jahr 2000 noch bei 3,5 Punkten, 2011 war sie auf 7,5 Punkte angestiegen, sodass hier schon von einer sozialen Spaltung gesprochen wird. Armutswanderungen hin zu den noch prosperierenden Ländern sind die Folge.

Die Stadt Duisburg ist von allen Städten in Deutschland ganz besonders betroffen. Lebten im Juli 2011 noch knapp 3.900 RumänInnen und BulgarInnen in unserer Stadt, waren es im Januar 2013 bereits mehr als 6.100. Die Stadt Duisburg betrachtet in ihrem ersten Sachstandsbericht zur Umsetzung des Handlungskonzepts zur Zuwanderung aus Südosteuropa vom 10. Januar 2013 den Zuzug der SüdosteuropäerInnen als Armutsmigration. Diese Menschen wollen versuchen, für sich und ihre Kinder bessere Lebensbedingungen zu erreichen.

a) Zur rechtlichen Situation der ZuwandererInnen aus Südosteuropa

Innerhalb der EU gilt das Freizügigkeitsgesetz. Es garantiert EU-BürgerInnen vier Grundfreiheiten:

- ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit
- Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit
- Warenverkehrsfreiheit
- freien Kapitalverkehr

Die ersten beiden Grundfreiheiten berechtigen die UnionsbürgerInnen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedsstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, und zwar innerhalb der ersten drei Monate bedingungslos. Nach Ablauf von drei Monaten dürfen sie sich als

- ArbeitnehmerInnen
- in Berufsausbildung Befindliche
- Arbeitssuchende

im Rahmen der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit oder als

- Selbstständige
- DienstleistungserbringerInnen

im Rahmen der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit

weiterhin aufhalten. Gleiches gilt für ihre Angehörigen (EhepartnerInnen und Verwandte in direkter Linie, z. B. Kinder, EnkelInnen, Eltern etc.). Nicht-Erwerbstätige (RentnerInnen, StudentInnen u. ä.) haben ein Aufenthaltsrecht, wenn sie den Nachweis erbringen, dass sie über ausreichende Existenzmit-

tel (Krankenversicherung, Lebensunterhalt) verfügen. Für die frisch gebackenen EU-NeubürgerInnen aus Bulgarien und Rumänien ist die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit bis Ende 2013 allerdings beschränkt: Sie dürfen **nicht** ohne Arbeitserlaubnis in den anderen EU-Staaten arbeiten. So sieht es die Übergangsregelung des EU-Beitrittsvertrags dieser Länder vor. Die anderen Freizügigkeitsrechte sind davon jedoch nicht betroffen, sodass noch einzig eine Selbstständigkeit für die zugewanderten SüdosteuropäerInnen in Frage kommt, um nach den ersten drei Monaten ihr Aufenthaltsrecht nicht zu verlieren.

So gab es z. B. in Duisburg im Mai 2012 518 gemeldete Gewerbe durch BulgarInnen, 147 durch RumänInnen. Bereits im Januar 2013 waren diese Zahlen auf 628 bulgarische und 188 rumänische Gewerbeanmeldungen angewachsen. Auch die Mehrzahl der Prostituierten in den registrierten Etablissements in Duisburg und anderen Städten im Ruhrgebiet sind osteuropäische Frauen.

Ob bedürftige UnionsbürgerInnen aus Rumänien und Bulgarien in Deutschland zum Bezug von Sozialleistungen berechtigt sind, ist zum Teil umstritten. In besimmten Fällen besteht durchaus ein Anpruch auf solche Sozialleistungen. Diese werden aber in Unkenntnis der äußerst komplizierten Rechtslage, die hier nicht im Detail dargestellt werden kann, oft nicht ausreichend bewilligt oder erst gar nicht beantragt. (vgl. Sozialleistungen für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in Deutschland, S. 32).

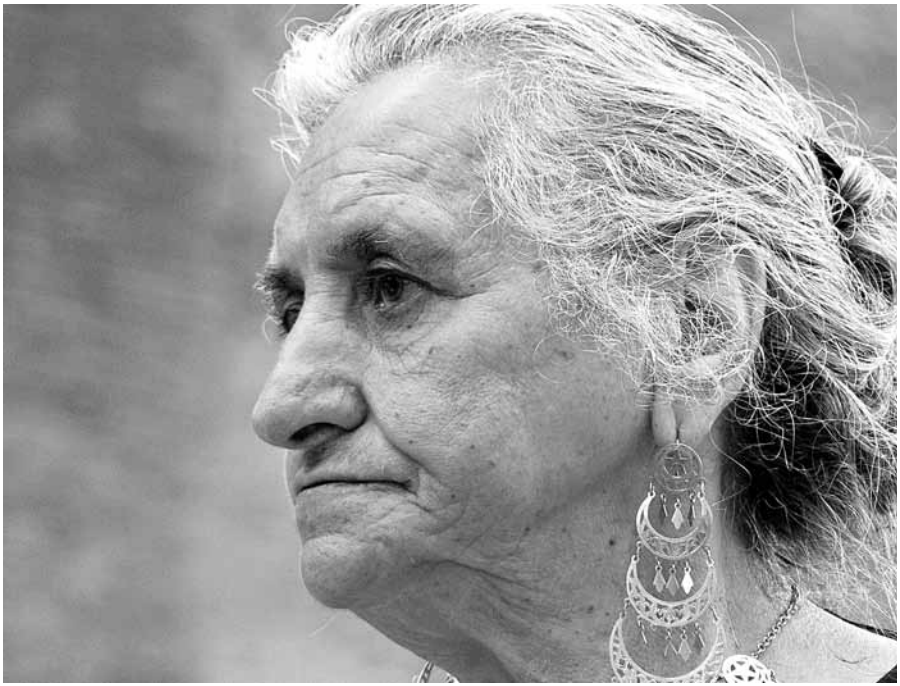
Der Sachstandsbericht der Stadt Duisburg zur Umsetzung des Handlungskonzepts zum Umgang mit der Zuwanderung geht allerdings davon aus, dass »die Voraussetzungen zur Versagung von Sozialhilfe [...] bei den

Bürgerinnen und Bürgern aus Südosteuropa regelmäßig erfüllt [sind]«. Es seien auch so gut wie keine Anträge auf Sozialleistungen gestellt worden. Kindergeld, Wohngeld und teilweise Elterngeld kämen jedoch als mögliche Leistungen in Betracht.

Zahl der Roma in ausgewählten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union

Land	Zahl der Roma	Anmerkungen
Belgien	ca. 15.000	
Bulgarien	ca. 800.000	> 10 % der Gesamtbevölkerung
Deutschland	ca. 170.000	ca. 70.000 sind deutsche StaatsbürgerInnen ca. 100.00 mit anderer StaatsbürgerInnenschaft
Frankreich	ca. 400.000–500.000	
Griechenland	ca. 250.000–300.000	
Irland	ca. 40.000	
Italien	ca. 140.000–170.000	
Niederlande	ca. 40.000	
Österreich	ca. 10.000	
Polen	ca. 50.000	
Portugal	ca. 70.000	
Rumänien	ca. 2,2 Mio.	10 % der Gesamtbevölkerung
Schweden	ca. 50.000	
Slowakei	ca. 520.000	10 % der Gesamtbevölkerung
Slowenien	ca. 10.000	
Spanien	ca. 650.000–800.000	
Tschechien	ca. 200.000	
Ungarn	ca. 700.000	7 % der Gesamtbevölkerung
Vereinigtes Königreich	ca. 300.000	

Quelle: Europarat und Zentralrat Deutscher Sinti und Roma



b) Roma als Minderheit der ZuwandererInnen aus Südosteuropa

Unter den südosteuropäischen ZuwandererInnen befinden sich auch Roma. Die Gruppe der Roma ist mit 10–12 Millionen Menschen die größte ethnische Minderheit in der EU und außerdem eine der ärmsten und am schnellsten wachsenden Gruppen.

Roma werden in allen Ländern der EU diskriminiert. Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt und vom Bildungssystem, beim Zugang zu sozialen Dienstleistungen, zu Bildung und Wohnraum, Vertreibung, Verfolgung, aber auch gewalttätige Ausschreitungen und tödliche Gewalt haben fatale Auswirkungen auf das Leben der als »ZigeunerInnen« bezeichneten Menschen. Ursache sind tief sitzende Vorurteile gegen Roma, die in vielen Ländern Europas zum kulturellen Erbe gehören und nur schwer zu bekämpfen sind.

c) Ausgrenzung und Rassismus

Geschichte

Seit ihrer Ankunft in Europa vor ca. 600 Jahren sind Roma Objekt politischer Entscheidungen, die in den meisten Fällen gegen sie gerichtet waren. Die Verfolgung und Ausgrenzung von Sinti und Roma hat in Deutschland eine lange, unrühmliche Tradition. 1871 versagte Hessen unter Berufung auf das Reichskanzleramt Roma und Sinti die Ausstellung von Gewerbescheinen. 1886 erfolgten Zwangstransporte für Sinti und Roma »ohne deutsche Staatsangehörigkeit« zur Staatsgrenze des Deutschen Reiches. 1891 trat die »Anweisung zur Bekämpfung des Zigeunerwesens« in Kraft, durch welche Sinti und Roma ohne Pass abgeschoben werden konnten. Deutschstämmige Sinti und Roma erhielten keine Arbeitsbücher mehr. 1899 wurde in Bayern das erste Amt zur systematischen Erfassung von Sinti und Roma eingerichtet, dazu gehörte auch das Abnehmen von Fingerabdrücken, ab 1911 erfolgte dies automatisch. Das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses«, das »Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher« und die »Nürnberger Gesetze« von 1935 deklarierten Roma ebenso wie

Berühmte Roma

Die deutsche Schlagersängerin Marianne Rosenberg ist ebenso eine Roma wie ihr Berufskollege Drafi Deutscher, bekannt für seinen Song »Marmor, Stein und Eisen bricht«. Auch andere berühmte MusikerInnen und TänzerInnen sind Roma oder haben dort ihre ethnischen Wurzeln.

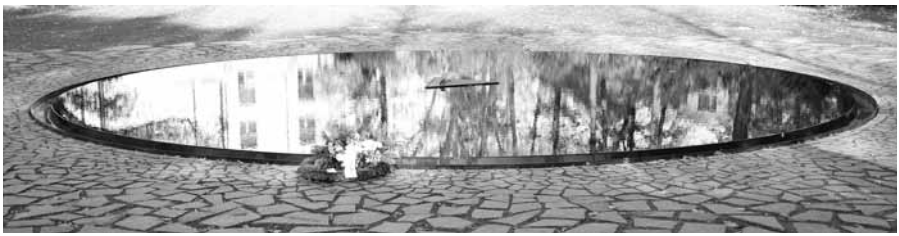
Charles Chaplin wurde in Blach Patch geboren, einer Roma-Gemeinschaft in Smethwick, nahe Birmingham. Seine bekannteste Rolle als »Vagabund« lehnt sich stark an eine Roma-Figur an. Weitere berühmte Roma-SchauspielerInnen: Rita Hayworth, Helen Mirren, Yul Brynner und Michael Caine.

Als Sohn von französischsprachigen Sinti wuchs Django Reinhardt in einer Wohnwagensiedlung außerhalb von Paris auf. Er schuf einen neuartigen Mix aus dem New-Orleans-Jazz, den französischen Walzern und der traditionellen Spielweise der Roma, den Zigeuner- oder Gypsy Swing.

Jüdinnen und Juden als »rassisch minderwertig« und »asozial«. 1938 folgte der »Zigeunererlass«, 1940 die Deportation aller deutschen Sinti und Roma nach Polen, zur Zwangsarbeit und Vernichtung. Dem nationalsozialistischen Völkermord fielen schätzungsweise 500.000 Roma zum Opfer.

Nach 1945 gab es keine grundlegende Abkehr von der europaweiten Diskriminierung der Roma und Sinti. Noch 1981 gab es in der Bundesrepublik beim Bundeskriminalamt eine Sonderkartei für Roma und Sinti, in der FahrzeughalterInnen und Kraftfahrzeuge gespeichert wurden. Bis 1985 bestand die »Standesamtsverordnung 103«, der zufolge alle Eheschließungen, Todesfälle und Geburten von »Nichtsesshaften« der Kriminalpolizei zu melden waren. Auch wenn solche Verordnungen heute nicht mehr existieren, sind die Vorurteile gegenüber Roma und Sinti geblieben.

Inzwischen haben sich Organisationen gebildet, die das Anliegen dieser Minderheit in die Hände nehmen. 1982 gründete sich der »Zentralrat Deutscher Sinti und Roma«, der Verhandlungspartner gegenüber staatlichen Behörden geworden ist und 1995 die gesetzliche Anerkennung der Sinti und Roma als nationale Minderheit durchsetzte (vgl. »Roma – Es ist Zeit zu handeln«).



Mahnmal des Berliner Künstlers m. W. Dani Karavan zum Gedenken an die von den Nazis ermordeten Sinti und Roma in Berlin

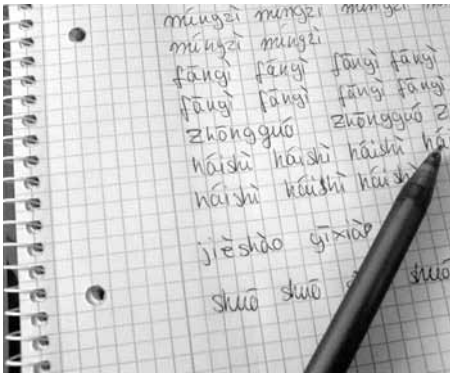
Im Oktober 2012 wurde ein Mahnmal zum Gedenken an die von den Nazis ermordeten Sinti und Roma in Berlin eingeweiht. Im November 2012 beschloss der Landtag in Schleswig-Holstein als erstes Landesparlament, den Schutz der deutschen Sinti und Roma in die Landesverfassung aufzunehmen. In Schleswig-Holstein leben heute geschätzte 5.000 Sinti und Roma, davon viele Familien, die seit Jahrhunderten dort ansässig sind. Der Mainstream in der deutschen Politik erklärt Roma und Sinti zu einer in »Kerneuropa« unerwünschten Bevölkerungsgruppe. Sie werden als »Fremde« und als Bedohung für unseren Wohlstand zurechtkonstruiert.

Situation der Roma in Bulgarien

Laut der im Jahr 2011 durchgeführten Volkszählung leben in Bulgarien ca. 5 % Roma. Es wird allerdings vermutet, dass die tatsächliche Zahl die offiziellen Angaben bei Weitem übersteigt. Um der sozialen Ausgrenzung und dem Rassismus zu entgehen, geben sich viele Roma lieber als BulgarInnen oder TürkInnen aus. Realistischere Schätzungen gehen nach Untersuchungen von ExpertInnen von rund 600.000 bis 800.000 Roma aus, was zwischen 7,2 und 9,6 % der Gesamtbevölkerung ausmacht.

Nach der Wende verloren die meisten Roma mit der Privatisierung des öffentlichen Sektors ihre Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und im Industriesektor, wo sie überwiegend tätig waren. Da die wirtschaftliche Transformation sich besonders stark auf diese Sektoren auswirkte, gehörten die Roma somit zu deren ersten VerliererInnen. Sie waren überproportional von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen und wurden sehr schnell an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Die steigende Armut hat zudem dafür gesorgt, dass Schul- und Berufsausbildung nicht mehr für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zugänglich waren. Die Zahl derjenigen, die gar keine oder nur eine rudimentäre Schulausbildung bekamen, stieg mit der Zeit kontinuierlich an. Das Analphabet-Innentum unter den jungen Roma beträgt heutzutage bis zu 75 %.



Der Antiziganismus in Bulgarien wirft den Roma eine »rassische« Neigung zu Verelendung, Elendskriminalität und Arbeitsscheu vor – obwohl die

Kausalität genau umgekehrt zu sehen ist: Dies sind die Folgewirkungen der fortschreitenden Marginalisierung dieser Bevölkerungsgruppe.

Wenn vom Antiziganismus in Bulgarien im Zusammenhang mit politischen Parteien die Rede ist, sollte beachtet werden, dass die Parteienlandschaft in Bulgarien sehr stark populistisch ausgerichtet ist. Selbst Parteien, die nicht rassistisch oder nationalistisch orientiert sind, treten antiziganistischen Vorurteilen und rassistischen Stereotypen nicht entgegen. Die Mehrheit der Parteien in Bulgarien, sogar sozialdemokratischer oder kommunistischer Provenience, traut sich der WählerInnenstimmen wegen nicht, das Problem beim Namen zu nennen, um es zu bekämpfen.

II. Armutsbekämpfung und Integration

a) Handlungskonzept der Stadt Duisburg

Armutswanderungsbewegungen sind – aus den verschiedensten Ursachen – ein Grundzug der menschlichen Geschichte. Sie waren und sind häufig mit Krieg, Gewalt, Not, Verfolgung und sozialer Verelendung verbunden. Laut Zuwanderungsstatistik der Stadt Duisburg ist allein die Anzahl der RumänInnen und BulgarInnen in unserer Stadt von 3.900 im Juli 2011 auf aktuell 6.200 im Januar 2013 angewachsen – d. h., sie stieg um knapp 60 % in nur eineinhalb Jahren. Auf der kommunalen Ebene konzentrieren sich alle Probleme, die mit Migration und Integration verbunden sind.

Auf Initiative der Duisburger Linksfraktion wurde Ende 2011 im Rat der Stadt ein Handlungskonzept verabschiedet, in dem die dringendsten Maßnahmen in den Bereichen Bildung/Schule, gesundheitliche Versorgung und Wohnen aufgezeigt werden. Der Rat forderte im gleichen Antrag den OB auf, bereits vor Verabschiedung eines Handlungskonzepts unverzüglich alle politischen und rechtlichen

Auszug aus dem Handlungskonzept

Bereich	Thema	Handlungsvorschläge
Bildung und Jugend	Sprache u. Elternbildung für Kinder zwischen 1 und 6 Jahren	Einrichtung von 6 Gruppen
	Elternbildung zu Grundlagen der Erziehung	Angebote für Eltern in Hochfeld
	Info über Rechtsanspruch Kita	Platzressourcen schaffen
	Beratung und Begleitung von Eltern	Ausweitung auf das Stundenkontingent
Schule *Primarbereich*	Schulraum	Weitere Standorte erforderlich
	SchülerInnenfahrtkosten	Befreiung vom Eigenanteil SchokoTicket
	Mittagsverpflegung an Schulen	Prüfen, ob Mittel aus dem Härtefallfonds NRW »Alle Kinder essen mit« zu beantragen sind
	Sprachförderung	Sicherung der bestehenden Mittel – Ausbau weiterer Projekte
	Schulsozialarbeit	Ausbau bzw. Sicherung der befristeten Stellen
Schul- und Sekundarbereiche	Weiterer Schulraum	Standortprüfung – regelmäßig Abstimmung notwendig
Nachschulisch – 16–18 Jahre	Integrationskurse	»Negativbescheinigung« des Sozialamts
	Lernangebote (z. B. Alphabetisierung)	Bewilligung zusätzlicher Mittel
	Berufliche Orientierung	Förderprogramme nutzen
Gesundheit	Gesundheitsvorsorge	Einführung Basisversorgung
	Prostitution	Beratungsstellen
	Tuberkulose	Antibiotikaversorgung
Wohnen	Verbesserung der Wohnverhältnisse	Kontakt zu seriösen VermieterInnen, Wohnberatung

Möglichkeiten zu nutzen, um im Rahmen der gesetzlich verpflichtenden und hoheitlichen Aufgaben schwerpunktmäßig gegen menschenunwürdige Lebensverhältnisse von Zugewanderten aus Südosteuropa vorzugehen. Dies betrifft insbesondere Gesundheits- und Kindeswohlgefährdung, mangelnde Wahrnehmung/Durchsetzung der Schulpflicht, ausbeuterische und illegale Arbeitsverhältnisse, unzuträgliche und skandalöse Wohnverhältnisse sowie festgestellte Zwangs- und zu vermutende Kinderprostitution.

Das Handlungskonzept der Verwaltung beschreibt ein Maßnahmenpaket mit einem Gesamtvolumen von ca. 18,7 Mio. Euro. Allein 13,6 Mio. Euro entfallen davon auf die Gesundheitsversorgung sowie die Versorgung mit angemessenem Wohnraum.

Allein die Erfüllung der Pflichtaufgaben stellt die Stadt vor kaum zu bewältigende Kosten. Für freiwillige Leistungen, die die soziale Not lindern und damit den sozialen Sprengstoff entschärfen würden, ist die Stadt auf Fördermittel angewiesen. Bei der EU gibt es nicht viel und seitens der Bundesregierung ist nicht vorgesehen, Städte, die besonders vom Zuzug der SüdosteuropäerInnen betroffen sind, finanziell zu unterstützen. Auch besondere Programme für Roma-Minderheiten gibt es nicht.

Der Kinder- und Jugendschutz gehört ungeachtet der ethnischen Zugehörigkeit zu den pflichtigen Aufgaben des Jugendamtes und unterliegt damit keiner Kostendeckelung.

Im Bildungsbereich konnten einige Maßnahmen erfolgreich umgesetzt werden, die den Kindern der Zugewanderten insbesondere den Besuch einer wohnortnahen Schule ermöglichen sollen. Dennoch existiert eine Warteliste von derzeit (01/2013) 140 Kindern, die noch nicht beschult werden können.

An 11 Grundschulen und einer Realschule wurden Sprachfördergruppen eingerichtet, der Mittagessenszuschuss (Notfallfonds Landesmittel »Alle Kinder essen mit«) wurde für 21 bulgarische bzw. rumänische Kinder beantragt/gewährt.

Trotz des sozialen Unfriedens in einigen betroffenen Vierteln wegen Lärm und wilder Müllkippen wird die vom Rat beschlossene Kontaktstelle des Ordnungsamtes für BürgerInnen (unter Beteiligung der Polizei) in Hochfeld mangels Resonanz wieder geschlossen – im Durchschnitt erschien hier nur eine Person pro wöchentlicher Sprechstunde.

b) Vordringliche Handlungsschwerpunkte – Ergebnisse der Gespräche vor Ort und in der Region

Nach etlichen Gesprächen mit Interessierten in anderen Städten und Roma-VertreterInnen in Köln führte die Ratsfraktion DIE LINKE vor allem im Herbst 2012 viele weitere Gespräche vor Ort mit SozialarbeiterInnen, LehrerInnen, Pfarrern, Verwaltungsfachleuten und engagierten KommunalpolitikerInnen. Ziel war es, die aktuelle Situation der zugewanderten Menschen aus Südosteuropa detaillierter zu erfassen und an der Lösung dringender Probleme mitzuarbeiten.

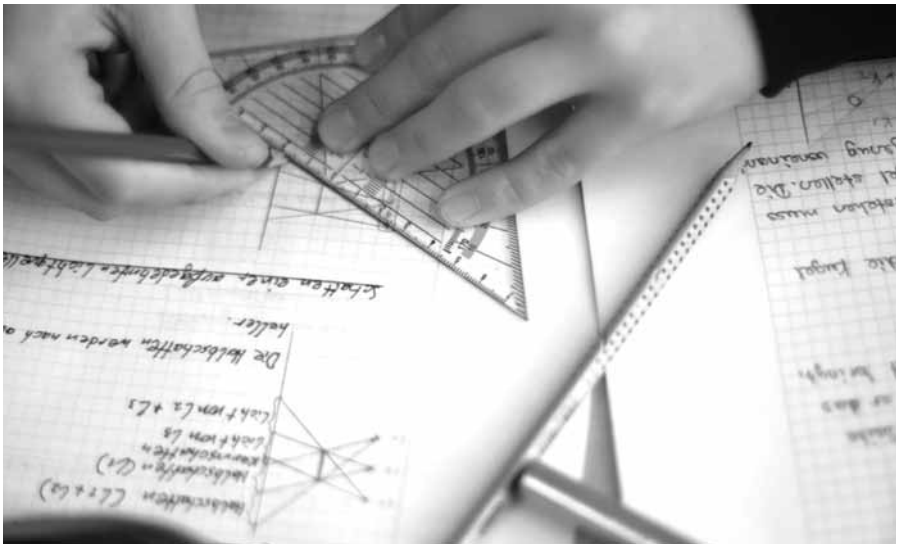
Im Schulbereich gibt es Einstiegsklassen zur Vorbereitung auf die Teilnahme am Schulunterricht. Hier berichteten LehrerInnen von sehr interessierten Kindern und Jugendlichen, die von ihren Familien motiviert und

unterstützt werden. Der hohe Bedarf an vorbereitendem Unterricht ist nicht mit den vorhandenen LehrerInnen zu decken. Im Herbst 2012 gab es in Duisburg noch 140 Kinder, die nicht am Unterricht teilnahmen. Im Dezember 2012 beschloss der Rat der Stadt auf Antrag der LINKEN, der SPD und der Grünen die Einrichtung von zehn weiteren Stellen für schulische Sozialarbeit.

Seit Herbst 2012 gibt es im Stadtteil Hochfeld mehrere niedrigschwellige Angebote für Familien, Kinder und Jugendliche. Die Angebote mit zeitlich beschränkten Öffnungszeiten werden gut besucht und weisen auf einen wesentlich höheren Bedarf an Bildungs- und Freizeitangeboten hin.

In Rheinhausen bildete sich auf Initiative eines ev. Pfarrers nach Konflikten in der Nachbarschaft eines von Roma bewohnten Hauses ein »Runder Tisch«, der sich darum bemüht, rassistischen Tendenzen im Stadtteil entgegenzutreten, Kontakte zwischen den NachbarInnen zu organisieren und lösbare Probleme zu beseitigen.

Im Bereich der Prostitution ist der Anteil von Frauen aus Südosteuropa stark angestiegen. Die soziale Lage der Frauen hat sich dramatisch verschlechtert. Insbesondere die fehlende Krankenversicherung bei 90% der Prostituierten führt zu unübersehbaren Risiken für die Frauen und die Bevölkerung.



Als Ergebnis der geführten Gespräche sieht die Fraktion DIE LINKE den größten Handlungsbedarf

im Gesundheitsbereich

- bei der medizinischen Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen
- bei niedrigschwelliger Gesundheitsberatung von Familien
- bei der medizinischen Beratung von Prostituierten

im Bildungsbereich

- beim weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit
- bei der Information und Sensibilisierung von PädagogInnen und SozialarbeiterInnen für Geschichte und Lebensumstände der Zuwanderungsfamilien

Neue Handlungsfelder zusätzlich zu den in der Tabelle *Auszug aus dem Handlungskonzept* genannten ergeben sich damit bei der Gesundheitsberatung für Familien sowie bei der Information über Geschichte und Lebensumstände der Zugewanderten.

III. Fazit – Position der Linksfraktion Duisburg

Seit einiger Zeit haben Städte an Rhein und Ruhr insbesondere eine Zuwanderung von mehreren Tausend Menschen aus den EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien zu verzeichnen. Unter ihnen sind viele Roma, die in den Herkunftsländern diskriminiert, ausgegrenzt und vielfach verarmt sind. Wir haben es also mit Armutswanderung und Flucht vor Diskriminierung innerhalb der EU zu tun.

Die NeuzuwandererInnen stoßen vielfach auf Vorurteile und offen rassistische Ablehnung. Die sehr prekäre Lage der Menschen, Ghettoverhalten und Unkenntnis über die Lebensweise in Deutschland erschweren ihre Integration. Die verschuldete Kommune sieht sich vielfach überfordert, wo konkrete Integrationshilfen angeboten werden müssen.

Iris Vogt

Die Ratsfraktion der LINKEN unterstützt alle Aktivitäten, die zu zwischenmenschlicher Begegnung und konkreter Problemlösung führen. Wir sind uns darüber im Klaren, dass die mangelhafte Bundes- und EU-Politik ganz wesentlich für die Probleme verantwortlich ist, und kämpfen dafür, dass diese sich ändert. Dazu gehören eine konsequente Überwindung der sozialen Spaltungen in der EU, die Einführung eines auskömmlichen gesetzlichen Mindestlohns auch in Deutschland sowie ein konsequentes Vorgehen gegen Diskriminierung und rassistische Ausgrenzung in den Herkunfts- und Zuzugsländern.

Hintergründe der Neuzuwanderung

Nach Duisburg sind bisher mehrere Tausend Menschen gekommen auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass es sich um EU-BürgerInnen handelt, die von ihrem Freizügigkeits-

und Niederlassungsrecht Gebrauch machen. Von sozialrechtlichen Leistungen sind sie bisher weitgehend ausgeschlossen. Erst ab 2014 haben sie auch das Recht zur Erwerbstätigkeit. Was die oftmals besonders prekäre Lage der Zuwanderungskinder betrifft, so erwächst auch Deutschland aus der UN-Kinderrechtskonvention eine besondere Verpflichtung.

Unter den NeuzuwandererInnen befinden sich viele Angehörige der Roma-Minderheit, die in den Herkunftsländern unter massiver sozialer und wirtschaftlicher Ausgrenzung aus rassistischen Gründen leiden und nach den Umbrüchen in Osteuropa seit 1989 zum Teil sogar staatenlos sind. Sie leben dort seit dem Zusammenbruch der alten Ordnung weitgehend ausgeschlossen vom Zugang zu Bildung, Sozialleistungen und regulärer Erwerbsarbeit und sind rassistischen Übergriffen bis hin zu Pogromen durch die Mehrheitsbevölkerung ausgesetzt. Die Regierungsübernahme durch rechtspopulistische Parteien und das systematische Schüren national-chauvinistischer Stimmungen setzt Minderheiten wie die Roma einer besonderen Bedrohung aus. Insgesamt handelt es sich bei dem Zuzug aus Südosteuropa um eine Kombination aus Armutswanderung und EU-Binnenflucht aufgrund rassistischer Verfolgung.

Die Lage in Deutschland scheint den Zugewanderten trotz aller rechtlichen und faktischen Einschränkungen immer noch besser zu sein als in ihren Herkunftsländern. Viele geben sich aus Angst vor Diskriminierung nicht als

Angehörige von Minderheiten zu erkennen. Schlepperbanden, skrupellose VermieterInnen und UnternehmerInnen machen sich ihre Not zunutze. Kinder werden zu Diebstahl und Bettelei angehalten, um zum Lebensunterhalt beizutragen. Die Mehrzahl der Prostituierten in den registrierten Etablissements besteht in Duisburg und weiteren Städten des Rhein-Ruhrgebiets aus osteuropäischen Frauen. Erpresserische Abhängigkeiten und Bedrohungen treiben einen Teil der NeuzuwandererInnen in Kriminalität.

Ausgrenzung und Rassismus auch bei uns

In Deutschland und in weiteren westeuropäischen Ländern treffen die ZuwandererInnen allerdings weitgehend auf Unverständnis und Ablehnung. Armut und Fremdheit, kulturelle Besonderheiten, Ghettoverhalten und Unkenntnis der Lebensweise in Deutschland erschweren ihre Integration. So werden an sich lösbare Konflikte (geordnete Müllbeseitigung, nachbarschaftliche Rücksichtnahme usw.) von Teilen der Nachbarschaft nicht nur kritisiert, sondern tendenziell rassistisch interpretiert und zugespitzt. Eine oft sehr fragwürdige Thematisierung durch wichtige Medien schürt die Konflikte. Neonazi-Organisationen versuchen dadurch Fuß zu fassen. Die verbreitete Verunsicherung in der Mehrheitsbevölkerung über die krisenhaften Entwicklungen in der EU, Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung und eigene Abstiegsängste bilden den Nährboden dafür. Besonders gefährlich ist, dass die generell große Sozialnot und rechtliche Ungleichheit der Zugewanderten auf verbreitete Vorurteile gegen OsteuropäerInnen im Allgemeinen und tief sitzende rassistische Einstellungen gegen sog. »ZigeunerInnen« (Antiziganismus) treffen.

Aus dem Positionspapier des Deutschen Städtetags zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien

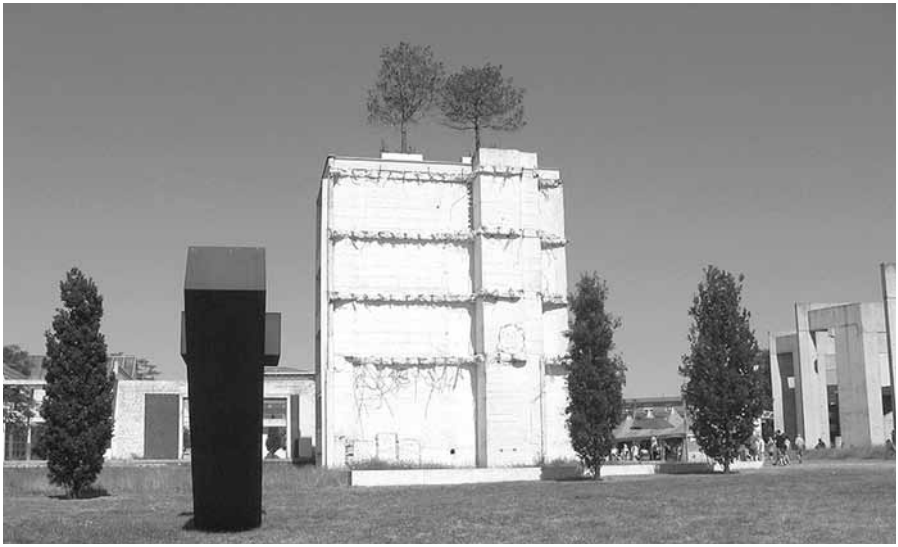
Deutscher Städtetag

Bund, Länder und die europäische Ebene dürfen die Städte in Deutschland nicht mit den von ihnen verursachten Problemen alleingelassen. Die Stadtgesellschaft ist mit Umfang und vielfältigen Folgen dieser Armutswanderung überfordert. Das Gefährdungspotential für den sozialen Frieden in den Quartieren ist enorm. Es ist dringend erforderlich, die rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen, welche die Kommunen in die Lage versetzen, die Zuwanderung zu bewältigen.

Forderungen des Deutschen Städtetages an den Bund

- Herstellung der Rahmenbedingungen für die Arbeit in den Kommunen, Erstattung der aus der verfehlten Erweiterungspolitik des Bundes und der EU entstehenden Soziallasten
- Unterstützung kurzfristiger Soforthilfen
- Absichern des Krankenversicherungsschutzes
  - Einrichtung eines Fonds zur Gesundheitsversorgung nicht oder nicht ausreichend krankenversicherter ZuwandererInnen aus Bulgarien und Rumänien
  - Kombination mit einer pauschalen Kostenerstattung in Analogie zum Flüchtlingsaufnahmegesetz, aber mit auskömmlichen Sätzen, oder Einrichtung eines anderen unbürokratischen finanziellen Ausgleichs für belastete Kommunen
- Absicherung sonstiger Nothilfen: Einführung eines »Fonds für europäische ArmutszuwanderInnen« für schnellstmögliche finanzielle Handlungsfähigkeit für die Schaffung von Notunterkünften, Rückführungsbemühungen, sozialflankierende Leistungen wie Beratungs- und Sozialarbeit insbesondere für Kinder
- Kurzfristige Aufstockung der Eingliederungsmittel für Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt und in dem Programm »Soziale Stadt«, insbesondere für die Städte, die mit der Zuwanderung konfrontiert sind

Gerade Deutschland hat durch seine Geschichte eine besondere Verantwortung im Kampf gegen rassistische Ausgrenzung und Unterdrückung. Eine halbe Million Sinti und Roma wurden zeitgleich mit den europäischen Jüdinnen und Juden Opfer des Rassenwahns der Nazis. Sinti und Roma sind seit 1982 offiziell als Opfer des deutschen Faschismus anerkannt und seit 1995 auch als nationale Minderheit. Die Anti-Romakampagne von Neonazis, vorurteilsbeladene Stammtischparolen, bedenkliche Medien»berichte« und allgemeine Verunsicherung der Bevölkerung sind eine brandgefährliche Mischung – wenn die Politik weiter versagt. Es gibt genug warnende Beispiele aus den letzten Jahren, die zeigen, wie schnell auch bei uns eine solch aufgeheizte Stimmung in offenen Rassismus und Gewalt umschlagen kann.



Garten der Erinnerung im Duisburger Innenhafen, ebenfalls gestaltet von m. W. Dani Karavan, dem Künstler des Mahnmals in Berlin, vgl. S. 13

Armutsbekämpfung und Integration

Duisburg ist traditionell eine Einwanderungsstadt. Sie hat enorme Integrationsleistungen unter schwierigen Bedingungen erbracht. Wir wollen an die guten Traditionen anknüpfen, Fehler und Fehlentwicklungen der Vergangenheit vermeiden, soweit das auf kommunaler Ebene überhaupt möglich ist. Die Menschenwürde hat für uns Vorrang vor allem anderen.

Der Rat hat auf Initiative der rot-rot-grünen Mehrheit bereits seit einem Jahr ein Handlungskonzept für den Zuzug aus Südosteuropa beschlossen. Es umfasst viele kommunale Handlungsfelder, kommunale Pflichtaufgaben und sog. freiwillige Aufgaben. Auf seiner Grundlage können Projekte laufen, die Integrationshilfen anbieten und die Situation in den Stadtteilen verbessern. SozialarbeiterInnen, Vereine, Verbände und PädagogInnen berichten, dass die bisherigen Aktivitäten gut angenommen werden und der weitere Bedarf sehr hoch ist.

Erkan Kocalar

Bulgarische ZuwandererInnen in Duisburg

Die verfügbaren Mittel müssen allerdings dringend aufgestockt werden, um das Handlungskonzept konsequent umsetzen zu können. Überschuldete Kommunen wie Duisburg können das aber nicht allein bewältigen. Skrupellosen VermieterInnen und Ausbeutungsfirmen muss das Handwerk gelegt werden. Die Herkunftsländer müssen die menschenrechtswidrige Ausgrenzung der Roma beenden. Bei uns müssen antirassistische Aufklärung, Sensibilisierung, Gleichstellung, Kulturförderung für die Minderheiten und Integration massiv verstärkt werden. Nur so werden Armut, Armutswanderung und –kriminalität wirksam bekämpft.

Die Razzien von 2012 – vor allem gegen Roma-Wohnungen – im Ruhrgebiet mit 1.500 PolizeibeamtInnen hatten wohl eher politisch-propagandistische Gründe. Offizieller Zweck der Aktion war die Suche nach Diebesgut aus Einbrüchen und die Beschaffung von weiteren Erkenntnissen über kriminelle Banden. Doch die bisher bekannten Ergebnisse sind mehr als kümmerlich. In Duisburg-Rheinhausen (Ortsteil Bergheim) hatten sich SozialarbeiterInnen im Auftrag des Jugendamts längst ein Bild von den BewohnerInnen des vielfach kritisierten Mietobjekts verschafft. Sie sind Teil der praktischen Hilfen für die NeuzuwandererInnen.

Gefordert sind insbesondere das Jugendamt, die Schul- und Gesundheitsverwaltung, das Integrationsreferat, die RAA, die Sozialverbände und -vereine, damit sich die Neuzugewanderten zurecht finden, ihre Kinder zur Schule schicken, Zugang zu Gesundheitseinrichtungen haben, kriminelle Abhängigkeiten aufgedeckt werden können und sich gute nachbarschaftliche Verhältnisse entwickeln können. Dazu bedarf es keiner Razzien im Wohnbereich, die ganze Familien in Angst und Schrecken versetzen und den Zugang der SozialarbeiterInnen gefährden. Beim tatsächlich notwendigen Einsatz des Ordnungsamts und polizeilicher Maßnahmen ist konsequent darauf zu achten, dass es nicht zu einer Stigmatisierung der ZuwandererInnen kommt und vertrauensbildende Aktivitäten zerstört werden. Wichtiger Teil der Integrationsarbeit sind Bildung, kulturelle Förderung und Förderung der MigrantInnenselbstorganisation.

Das fordert DIE LINKE

Vom Bund und der EU fordern wir

- Finanzielle Unterstützung der Kommune durch Land, Bund und EU
- Unterstützung zum sog. »Eigenanteil« der Kommune bei Projekten im Gesundheits-, Bildungs- und Beratungsbereich

Von der Verwaltung der Stadt Duisburg fordern wir

- Bekämpfung von rassistischen Tendenzen in Duisburg
- Umsetzung der Projekte des Handlungskonzeptes
- Informations- und Erfahrungsaustausch der Verwaltung mit Kommunen, Projekten und Verbänden, die über langjährige Erfahrungen mit der Integration von Menschen aus Südosteuropa verfügen (u. a. Köln und Göttingen)
- Sicherung und Ausbau der »Runden Tische« in den Stadtteilen
- Unterstützung von Projekten und Veranstaltungen zur Darstellung zur Geschichte und sozialen Lage der zugewanderten Menschen aus Südosteuropa
- Gesundheitsberatung für Familien
- Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit medizinischen Vorsorgeuntersuchungen und Impfschutz
- Vorbereitung und Teilnahme von Kindern und Jugendlichen am Schulunterricht
- Verhinderung von menschenunwürdigen und gesundheitsgefährdenden Wohnverhältnissen
- Beratungsangebote für NeuzuwandererInnen in den Bereichen Gesundheitsschutz, Bildungsangebote, Miet- und Arbeitsrecht
- Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche
- Beratungsangebote für Prostituierte

Literaturhinweise

»Arme Roma, böse Zigeuner. Was an den Vorurteilen über die Zuwanderer stimmt«; Norbert Mappes-Niediek, Ch. Links Verlag, Berlin 2012

»Erster Sachstandsbericht zur Umsetzung des Handlungskonzepts zum Umgang mit der Zuwanderung aus Südosteuropa«; Stadt Duisburg, Drucksache Nr. 13–0029

»Nationalismus und Antiziganismus in Südosteuropa am Beispiel Bulgariens«; Margarita Mileva, Vorsitzende der Buzludza-Stiftung, Sofia, Bulgarien; Nov. 2012

»Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien vom 22.01.2013

»Roma – Es ist Zeit zu handeln«; hrsg.: Delegation der LINKEN in der Konföderation der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, Nov. 2012

»Sinti und Roma«; in: ApuZ, Aus Politik und Zeitgeschichte, 22–23/2011

»Sozialleistungen für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in Deutschland. Eine Handreichung für die Beratung«; in: Diakonie Texte 12.2011, Oktober 2011

»Zuwanderung ist Realität – Integration alternativlos«; Integrationspolitisches Programm der LINKEN Duisburg, März 2008

Internet

www.spiegel.de/kultur/tv/die-arte-doku-gemachte-armut-zeigt-die-verelendung-in-europa-a-869514.html

www.wdr.de/tv/bab/sendungsbeitraege/2013/0109/armut.jsp

ec.europa.eu/commission_2010-2014/andor/headlines/news/2013/01/20130108_de.htm

stolipinovo.wordpress.com/2012/04/16/people-in-stolipinovo-milka-and-minka

Neuerscheinung! Kostenlos zu beziehen in der Geschäftsstelle der Ratsfraktion DIE LINKE

Sozialbericht 2012

Eine Kurzfassung und kritische Auswertung

DIE LINKE.
Ratsfraktion Duisburg

Kostenlos zu beziehen in der Geschäftsstelle der Ratsfraktion DIE LINKE

Zuwanderung ist Realität – Integration alternativlos

Leitlinien zur integrativen Kommunalpolitik

DIE LINKE.
Ratsfraktion Duisburg

»Ratsfraktion aktiv« erscheint als Beilage der Zeitung STANDPUNKT 4 x im Jahr und kann kostenlos in der Geschäftsstelle der Ratsfraktion DIE LINKE angefordert werden.

Ratsfraktion aktiv

Beilage der Ratsfraktion Duisburg
März 2013 www.linksfraktion-duisburg.de

NS-Doku-Zentrum soll endlich kommen

von Hermann Dierkes
Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg

■ Eine große Mehrheit der Duisburger Kommunalpolitik will, dass der bereits vor über 4 Jahren gefasste Ratsbeschluss auf Errichtung eines Dokumentationszentrums Duisburg in der Nazizeit (Arbeitstitel) endlich verwirklicht wird.

In der Dezember-Ratssitzung ging die Kontroverse v. a. um die weitere Schrittfolge. Nach der ursprünglichen Konzeption von Prof. Rüther (Köln) sollte das Doku-Zentrum im Sitz der neuen Zentralbibliothek/VHS (Stadtfenster) untergebracht werden, der sich derzeit an der Steinschen Gasse im Bau befindet. Diese Absicht wurde mit einem Antrag von Rot-Rot-Grün aufgegeben, weil die neue Immobilie aus Kostengründen eine Etage weniger bekommen wird.

Nach monatelangen Überlegungen und etlichen Fachgesprächen war bei Rot-Rot-Grün die Überzeugung gereift, dass die vorgesehenen 400 m² für das Doku-Zentrum die beiden Institute erheblich behindern würden. Die Verwaltung wurde gleichzeitig beauftragt, alsbald neue Standorte in der Innenstadt zu prüfen und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Im Haushalt bzw. Haushaltssanierungsplan sind bereits investive Mittel veranschlagt. Denkbar ist prinzipiell eine Unterbringung im Stadthistorischen Museum, aber auch in anderen Immobilien, die zentral gelegen sind. Auch ein provisorischer Standort sollte ins Auge gefasst werden, um den Start nicht weiter zu verzögern. Eine Abordnung der Linksfraktion hat sich am 30. Januar in der Oberhausener Gedenkhalle (im Schloss) informiert. Das dortige Doku-Zentrum mit seiner multimedialen Ausstattung wurde 2010 eröffnet und gilt als beispielhaft.

Kein Platz für NS-Doku-Zentrum im Stadtfenster

Zuwanderung

Es ist Zeit zu handeln

von Martina Ammann
Ratsfrau DIE LINKE.Duisburg

■ Mittlerweile leben über 6.200 Menschen aus den EU-Ländern Bulgarien und Rumänien in unserer Stadt. Die Zugewanderten, darunter viele Kinder, sind überwiegend Armutsflüchtlinge, die in ihren Herkunftsländern unterhalb des Existenzminimums leben müssen. Ein großer Teil dieser Flüchtlinge sind ausgegrenzte und benachteiligte Roma.

Unsere Ratsfraktion hat bereits 2010 die Initiative für das inzwischen vorliegende kommunale Handlungskonzept zur Integration der Neuzuwanderer ergriffen und die Debatte vorangetrieben. Der aktuell vorgelegte Sachstandsbericht der Stadt über seine Umsetzung bestätigt in vielen Bereichen die Richtigkeit unserer Forderungen nach medizinischer Versorgung, menschenwürdigen Wohnverhältnissen, Bildung und Arbeitsmöglichkeiten für die Betroffenen. In den Gesprächen, die wir mit LehrerInnen, SozialarbeiterInnen, Wohlfahrts- und Jugendverbänden, Migrantenorganisationen und ExpertInnen im Gesundheitswesen geführt haben, wurde der dringende Handlungsbedarf zur Umsetzung des Verwaltungskonzepts deutlich. Vieles kann allerdings bisher kaum angepackt werden, weil die Finanzmittel

fehlen. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, ihre Anstrengungen zu vermehren. Aber wir übersehen nicht die Grenzen einer überschuldeten Stadt.

Europäische Armutswanderungsbewegungen sind zum großen Teil verursacht durch die verfehlte Sozial- und Wirtschaftspolitik der Europäischen Union und können nicht ohne ausreichende Hilfen von einzelnen Kommunen aufgefangen werden.

Anfang Februar 2013 befasste sich das Präsidium des Städtetags mit dem dringenden Handlungsbedarf zur Integration der Zuwanderer aus Südosteuropa. Der Duisburger Bürgermeister Erkan Kocalar (DIE LINKE) verwies nachdrücklich auf die Not der Kommunen. Er forderte die finanzielle Unterstützung des Bundes und der EU zur Umsetzung der überfälligen Projekte in den Bereichen Bildung, Soziales, Gesundheit und Familienförderung.

Die zugewanderten Menschen aus Südosteuropa haben wie alle anderen ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Weiteres Abwarten bei der Umsetzung der Integrationsprojekte spaltet die Stadtgesellschaft und schürt rassistische Tendenzen.

Weitere Informationen können einer Broschüre entnommen werden, die ab März in der Geschäftsstelle der Linksfraktion angefordert werden kann.

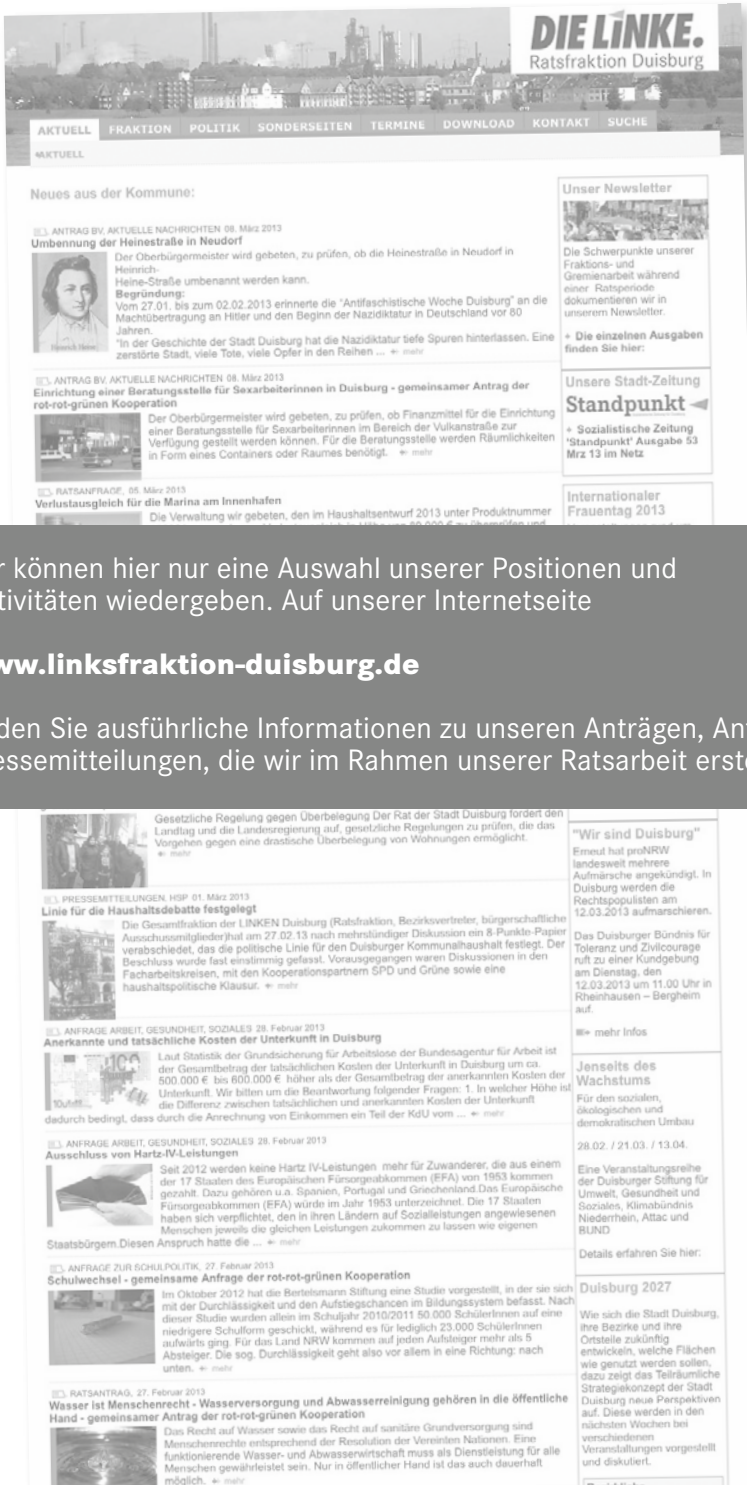
Das fordert DIE LINKE

Vom Bund und der EU fordern wir

- Finanzielle Unterstützung der Kommune durch Land, Bund und EU
- Unterstützung zum sog. „Eigenanteil" der Kommune bei Projekten im Gesundheits-, Bildungs- und Beratungsbereich

Von der Verwaltung der Stadt Duisburg fordern wir

- Bekämpfung von rassistischen Tendenzen in Duisburg
- Umsetzung der Projekte des Handlungskonzeptes der Stadtverwaltung
- Informations- und Erfahrungsaustausch der Verwaltung mit Kommunen, Projekten und Verbänden, die über langjährige Erfahrungen mit der Integration von Menschen aus Südosteuropa verfügen (u.a. Köln und Göttingen)
- Sicherung und Ausbau der „Runden Tische" in den Stadtteilen
- Unterstützung von Projekten und Veranstaltungen zur Darstellung zur Geschichte und sozialen Lage der zugewanderten Menschen aus Südosteuropa
- Gesundheitsberatung für Familien
- Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit medizinischen Vorsorgeuntersuchungen und Impfschutz
- Vorbereitung und Teilnahme von Kindern und Jugendlichen am Schulunterricht
- Verhinderung von menschenunwürdigen und gesundheitsgefährdenden Wohnverhältnissen
- Beratungsangebote für Neuzuwanderer in den Bereichen Gesundheitsschutz, Bildungsangebote, Miet- und Arbeitsrecht
- Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche
- Beratungsangebote für Prostituierte



Wir können hier nur eine Auswahl unserer Positionen und Aktivitäten wiedergeben. Auf unserer Internetseite

www.linksfraktion-duisburg.de

finden Sie ausführliche Informationen zu unseren Anträgen, Anfragen und Pressemitteilungen, die wir im Rahmen unserer Ratsarbeit erstellt haben.

ClimatePartner°
klimaneutral
Druck | ID: 53481-1301-1002

FSC
www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C110840

Impressum

Herausgeber
Ratsfraktion DIE LINKE
Gravelottestraße 28
47053 Duisburg
Tel.: 0203 / 9 30 86 92
Fax: 0203 / 9 30 86 94
www.linksfraktion-duisburg.de
buero@linksfraktion-duisburg.de

Satz
Mediendepot Ruhr, Duisburg
www.mediendepot-ruhr.de

Druck
Basis-Druck GmbH, Duisburg
www.basis-druck.de

Auflage
1.000

Bilder
Titelseite: Roland Geisheimer/attenzione
Innenteil: flickr/twm1340, ky olsen, eisenrath, AlterVista, Images of Money, mompl, jensd!, fileccia, arneDOTlist, Marco Fieber, rosmary, Hellebardius, hidden side, HeckMeck, Dortmunder Nordstadt

www.linksfraktion-duisburg.de